Bau- und Planungsausschuss
Protokoll Nr. BPA/06/2017

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 17.05.2017, Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung	:	19:00 Uhr
Ende der Sitzung	:	20:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Frau Carola Behr	
Herr Uwe Gaumann	
Frau Anna-Margarete Hengstler	
Frau Monja Löwer	
Herr Bela Randschau	i. V. f. Herrn Möller

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke	ab 19:12 Uhr; TOP 3
Herr Uwe Graßau	
Herr Rolf Griesenberg	i. V. f. Herrn Haase

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Egan	
Frau Karen Schmick	
Herr Peter Engel	Seniorenbeirat/öffentl. Teil
Herr Tim Grammerstorf	Kinder- und Jugendbeirat/ öffentl. Teil

Verwaltung

Herr Michael Sarach	
Herr Peter Kania	
Herr Stephan Schott	
Frau Beate Skambath	
Frau Anette Kruse	
Frau Angela Haase	Protokollführerin
Herr Ulrich Kewersun	Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3.	Einwohnerfragestunde	
4.	Festsetzung der Tagesordnung	
5.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2017 vom 03.05.2017	
6.	Berichte/Mitteilungen der Verwaltung	
6.1.	Berichte gem. § 45 c GO	
6.2.	Sonstige Berichte/Mitteilungen	
6.2.1.	Bünningstedter Straße im Abschnitt Jungborn bis Ortsausgang	
7.	Variantenvorschlag Brücke Brauner Hirsch	**2017/021**
7.1.	Antrag der FDP - Variantenvorschlag Brücke Brauner Hirsch	**AN/014/2017**
7.2.	Antrag der CDU - Machbarkeitsstudie für die Südtangente	**AN/017/2017**
8.	Erneuerung des Geh- und Radweges Manhagener Allee inklusive Straßenbeleuchtung	**2017/040**
9.	Anfragen, Anregungen, Hinweise	
9.1.	Rückstaus auf der Lübecker Straße aus Richtung Delingsdorf	
9.2.	Ausbau Hamburger Straße zwischen AOK-Knoten und Rondeel	
9.3.	Beleuchtung des toom Baumarktes	
9.4.	Ständige Sperrmüllablagerung an den Wertstoffbehältern Pellwormstieg	
9.5.	Sperrung des Ahrensburger Weges nahe der Hagener Allee	

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Hansen begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur heutigen Sitzung erfolgte fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Lang erkundigt sich - bezogen auf Antrag AN/017/2017 - nach der Begrifflichkeit „FHH-Naturschutzgebiet“. Nach kurzer Beratung wird deutlich, dass statt „FHH“ eher „FFH“ gemeint ist (Flora-Fauna-Habitat). Herr Lang fragt ferner nach, wer gegebenenfalls das Büro zur Analyse der Machbarkeitsstudie auswähle.

Hierzu erklärt die Verwaltung, dass das Büro unter Aspekten der Leistungsfähigkeit ausgewählt werde. In näherer Betrachtung wurde auch eines gezogen, das empfohlen wurde und sich in Ahrensburg auskenne. Auf Nachfrage des Vorsitzenden zur Erforderlichkeit einer Ausschreibung wird ferner ausgeführt, dass diese erst ab 200.000 € vorgeschrieben sei; dennoch sei vorgesehen, Angebote mehrerer Büros einzuholen und zu bewerten.

Weitere Einwohner weisen darauf hin, dass auf der Straße Brauner Hirsch ihres Erachtens ein sehr hohes Verkehrsaufkommen gegeben sei, auch lange Wartezeiten vor dem Bahnübergang seien eigene Erfahrung. Sie befürworten und fordern eine Südumgehung.

Herr Timm erklärt, dass auf der ehemaligen Bundesstraße rund 25.000 Kraftfahrzeuge täglich fahren, im Braunen Hirsch rund 8.000 Kraftfahrzeuge. Es sei falsch anzunehmen, dass Fahrzeuge mit OD-Kennzeichen in Ahrensburg heimisch seien, es handele sich vielmehr um eine kreisweite Verteilung. Seines Erachtens könne Hamburg keine alternative Trassenführung ablehnen. Außerdem wäre eine neue Trasse nach den aktuellen Richtlinien wohl mit Schallschutz auszustatten. Dies gelte nicht für bestehende Straßen wie den Braunen Hirsch.

Herr Knoll führt aus, dass Hamburg seinerzeit keine Planunterlagen, sondern nur Zeichnungen aus dem Masterplan Verkehr vorgelegen haben. Insofern knüpft er an seine Ausführungen in einer der letzten Sitzungen des Bau- und Planungsausschusses an. Diese groben Überlegungen habe Hamburg seinerzeit nur ablehnen können. Anschließend beschreibt er seine - heute im Hamburger Abendblatt, Stormarn-Teil dargestellte - neue Trassenvariante. Diese tangiere nicht das Hamburger Hoheitsgebiet und nutze den rund 20 m breiten Korridor zwischen dem FFH-Gebiet südlich des Hofes Dänenteich und der südlich hiervon befindlichen Gemeindegrenze Ahrensburgs. Die Kosten von geschätzt rund 30 Mio. € seien nur mit Landesbeteiligung finanzierbar, Ahrensburg allein könne diese nicht tragen. Er gibt aber auch zu bedenken, dass ein Brückenneubau am Braunen Hirsch rund 50 Jahre nach Erstbau wahrscheinlich sei und dieser dann allein von Ahrensburg zu finanzieren sei.

Herr Lang weist darauf hin, dass die neue Trassenvariante zwar das Waldgut Hagen und Ahrensfelde entlaste, andere Bereiche wie die Erschließung Am Kratt aber deutlich mehr belaste.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 03.05.2017 vorgeschlagene Tagesordnung.

Ein Ausschussmitglied bittet darum, die Tagesordnungspunkte 7 bis 7.2 im Zusammenhang zu beraten und möglichst über den unter TOP 7.2 aufgeführten CDU-Antrag zur Machbarkeitsstudie für die Südtangente zuerst abzustimmen.

Des Weiteren berichtet das Ausschussmitglied Hengstler, dass sie nach dem Ergebnis einer Prüfung durch die Verwaltung beim TOP 8 über den Ausbau der Manhagener Allee nicht befangen ist im Sinne des § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein.

Da in der heutigen Sitzung unter TOP 10 nicht über Einzelbauvorhaben berichtet werden muss, wird auf Nachfrage des Vorsitzenden geklärt, dass es Angelegenheiten gibt, die unter TOP 11 beraten werden sollten mit der Folge, dass der nicht öffentliche Sitzungsteil nicht entfallen kann.

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen Einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei dem Tagesordnungspunkt 11 abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich stimmt der BPA über die gesamte Tagesordnung ab.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2017 vom 03.05.2017

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

Die Verwaltung teilt mit, dass es in der heutigen Sitzung keine Berichte bzw. Mitteilungen gemäß § 45 c der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein gibt.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Bünningstedter Straße im Abschnitt Jungborn bis Ortsausgang

Bei tiefergehenden Untersuchungen der Bünningstedter Straße wurde festgestellt, dass der Aufbau der gebundenen und ungebundenen Schichten in Teilabschnitten für die Belastung durch den anstehenden Verkehr von ca. 8.000 bis 9.000 Fahrzeugen nicht ausreichend ist.

Zwischen der Kreuzung am Jungborn und dem Ortsausgang ist der Aufbau zu schwach dimensioniert. Die geplante Deckenerneuerung in diesem Bereich ist hier nicht möglich.

Die Bünningstedter Straße muss aus den oben genannten Gründen aus der Deckensanierungsliste gestrichen werden und als Maßnahme für den Vollausbau eingegliedert werden.

Nach derzeitigem Stand soll die Maßnahme im Jahr 2021 umgesetzt werden. Die Kosten von ca. 700.000 € werden in den kommenden Haushalten berücksichtigt.

2017/021

7. Variantenvorschlag Brücke Brauner Hirsch

AN/014/2017

7.1. Antrag der FDP - Variantenvorschlag Brücke Brauner Hirsch

AN/017/2017

7.2. Antrag der CDU - Machbarkeitsstudie für die Südtangente

Gegenstand der eigentlichen Beratung ist der Antrag der CDU-Fraktion zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für die Südtangente, wobei das Für und Wider ausführlich diskutiert wird und man insofern anknüpft an die BPA-Beratung am 05.04.2017.

Die Befürworter des Antrages begründen diesen und erwähnen hierbei ergänzend, dass die in den letzten Monaten intensivierte Diskussion dafür spricht, die inzwischen veralteten Belastungszahlen für den Straßenzug Brauner Hirsch/Dorfstraße zu aktualisieren und anhand eines objektiven Gutachtens zu einer Abschätzung der Situation über eine mögliche Südtangente zu erhalten, mit deren Ergebnis alle Beteiligten leben müssen. Derzeit sei noch offen, ob eine südliche Querung der Bahnstrecke und ein späterer Verlauf einer Trasse südlich der Siedlungsbereiche Am Hagen und Ahrensfelde überhaupt möglich seien. Die dringend benötigte Klärung umfasse sowohl eine Konkretisierung der besonders geschützten archäologischen Grabungsfelder als auch das Aufzeigen von Alternativen zu realisierenden Trassen und deren Anbindungen an die nördlich gelegenen Siedlungsbereiche. Diese objektive Aufarbeitung sei geeignet, den Frieden in der Gesamtstadt wieder herzustellen, der bereits gefährdet scheint, wobei für die Diskussion über die Südumfahrung die immer konkretere Aufhebung des höhengleichen Bahnüberganges im Zuge des Braunen Hirsch verbunden mit dem Brückenneubau verstärkend wirkt.

Auf Anregung der Verwaltung modifiziert die antragstellende Fraktion ihren Antrag dahingehend, dass neben dem verlängerten Ostring (L 224) auch der Verkehrsknoten der BAB A1 an der Anschlussstelle Ahrensburg als Endpunkt der Südtangente infrage kommt.

Dagegen wenden andere Ausschussmitglieder ein, dass die so genannte Machbarkeitsstudie umfangreiche Ressourcen an Mitteln und Personal binde, die sinnvoller eingesetzt werden sollten. Die Südtangente mit den Anbindungen an die nördlich gelegenen Siedlungsbereiche sei geeignet, viele neue Probleme zu schaffen, beispielhaft wird die Mehrbelastung der heutigen Siedlungsstraße Am Kratt erwähnt. Das Handlungserfordernis sei nach dem subjektiven Empfinden der Betroffenen nachzuvollziehen, objektiv sei die Verkehrssituation vergleichbar wie in der Fritz-Reuter-Straße und hätte nicht annähernd die Dimension, die etwa am AOK-Knoten oder in der Hamburger Straße anzutreffen sei. Diese Tangente würde neben der Querung der Bahn mit den Grabungsschutzbereichen auch die FFH-Gebiete und sensible private Flächen betreffen, wobei es schwer fallen dürfte, dem Land Schleswig-Holstein den erforderlichen hohen Anteil an überörtlichen Verkehr nachzuweisen, insofern dürfte der Neubau einer Südtangente kaum realisierbar und angesichts der nicht geklärten Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten nicht realistisch sein. Nach dem Hinweis auf den Landschaftsverbrauch durch eine derartige Tangente wird klargestellt, dass in dem für 50.000 € bis 60.000 € angesetzten Gutachten keine komplette Machbarkeitsstudie, sondern nur eine Realisierungsabschätzung gesehen werden kann. Diese werde nur diskutiert und für nötig befunden, da die Aussagen des Masterplanes Verkehr als Grundgutachten angezweifelt werden, ähnlich wie es bereits zweier Gutachten bedurfte, um die Denkmalwürdigkeit des Ahrensburger Rathauses objektiv festzustellen.

Abschließend betont die Verwaltung, dass die so genannte Machbarkeitsstudie dazu beitragen könnte, die in den letzten Monaten emotionalisiert geführte Diskussion wieder zu versachlichen. Gleichzeitig wird im Hinblick auf den Zeitplan festgestellt, dass es sich bei dem Planfeststellungsverfahren für den 3. Bauabschnitt der S4, der das Brückenbauwerk im Straßenzug Brauner Hirsch umfasst und bereits im Spätsommer 2017 beantragt werden soll, und bei dem ersten Planungsschritt zur Südtangente zwei komplett getrennte Verfahren handeln würde.

Abschließend wird zunächst über die beiden Anträge wie folgt abgestimmt:

Antrag AN/017/2017 mit der ergänzenden Einfügung hinter (L 224): „und/oder die Einmündung in die BAB A1“

Abstimmungsergebnis: **4 dafür (CDU, WAB)**
5 dagegen (SPD, Grüne, FDP)

Antrag AN/014/2017

Abstimmungsergebnis: **1 dafür (FDP)**
6 dagegen (CDU, Grüne, WAB)
2 Enthaltungen (SPD)

Vor Eintritt in die Beschlussfassung der Sitzungsvorlage Nr. 2017/021 greift ein Ausschussmitglied die Variante einer Brücke mit Pfeilern auf, die nach Angaben der DB Netze bereits oberflächlich untersucht und hierbei aus Naturschutz- und archäologischen Gründen verworfen worden sei. Seines Erachtens würde die Gliederung der insgesamt 117,4 m langen Brücke in vier Felder mit drei Pfeilern eine wirtschaftlichere Unterhaltung des Bauwerkes mit sich bringen und sollte insofern von der Stadt Ahrensburg gefordert werden. Über den entsprechenden **Änderungsantrag** wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **5 dafür (SPD, Grüne, FDP)**
4 Enthaltungen (CDU, WAB)

Unter Berücksichtigung des Änderungsantrages wird abschließend über den **Beschlussvorschlag** entschieden.

Abstimmungsergebnis: **5 dafür (SPD, Grüne, FDP)**
1 dagegen (WAB)
3 Enthaltungen (CDU)

8. Erneuerung des Geh- und Radweges Manhagener Allee inklusive Straßenbeleuchtung

Anhand einer PowerPoint-Präsentation, die Planung betreffend auch der Vorlage als Anlage beigefügt, verdeutlicht die Verwaltung die vorgesehene Erneuerung des beidseitigen Geh- und Radweges Manhagener Allee. Es handelt sich um eine der Velo-Routen. Ziel ist, den Anteil der Fahrradfahrten am Gesamtverkehr in Ahrensburg von 17 % auf 23 % zu erhöhen.

Zur Sicherheit des Radfahrers - sonst kein Sicherheitsabstand - sollen im Norden der Manhagener Allee alle Parkflächen auf Rasengittersteinen entfernt werden, weitere Parkflächen entlang der Manhagener Allee sollen ebenfalls entfallen. Der Bus solle auf der Fahrbahn halten, zurzeit sind keine ausreichenden Aufstellflächen im Geh- und Radweg vorhanden. Die Baumaßnahme wird von der Lohkoppel bis westlich Aalfangpark verlaufen - im östlichen Bereich gibt es am Ende bereits neues Pflaster. Geplant ist, am Tunnel Manhagener Allee und nördlich der Einmündung Lohkoppel den Radverkehr auf die Fahrbahn zu leiten. Die Detailplanungen haben gezeigt, dass auch eine Erneuerung der Straßenbeleuchtung erforderlich ist, dieses führt zu einem Anteil der dargestellten Mehrkosten. Zeitlich vor Neubau des Geh- und Radweges erfolgt ferner die Erneuerung der Lichtsignalanlage Christel-Schmidt-Allee/Manhagener Allee.

Ein Ausschussmitglied bittet, folgende Punkte zu überdenken:

— Der Radverkehr sollte - wie bisher - ab Tunnel Manhagener Allee bis Christel-Schmidt-Allee auch von der Fahrbahn getrennt sein. Ansonsten entstehe im aufgeweitetem Straßenraum ein zu hohes Gefahrenpotential durch ausparkende Fahrzeuge.

— Der Entfall von insgesamt 30 bis 32 Parkplätzen (eigene Zählung) sei zu überdenken. Das gewünschte Kleingewerbe wie Apotheke, Tierarzt, Praxen und kleine Betriebe könnte dann schwerer erreicht bzw. angefahren werden.

— Baumfällungen seien nicht notwendig, es reiche regelmäßiges Beschneiden der betroffenen Kronen.

— Die Verlegung der Bushaltestellen führe teilweise zu geringeren Entfernungen zwischen diesen als bisher, teilweise nur 300 m Abstand. Ferner entfallen weitere zwei Parkplätze. Es wird angeregt zu prüfen, ob eine Haltestelle entfallen könne.

— Glasfaserkabel seien bisher nur auf einer Seite verlegt. Hierzu führt die Verwaltung aus, dass das Vorziehen auf der Westseite auf den Neubau Fasanenhof zurückzuführen sei. Der Abschluss erfolge im Zuge des Neubaus Geh- und Radweg.

Die Verwaltung geht ferner auf weitere Nachfragen ein und führt aus, dass der Alleencharakter beibehalten wird. Die Baumfällung sei derzeit nur eine Überlegung. Die Problematik der Parkplätze sei der Verwaltung bewusst. Die Manhagener Allee biete aber zu wenig Platz, anders können nicht die für eine Velo-Route erforderlichen Sicherheitsabstände eingehalten werden. Die Abwägung lautete: Sicherheit gegen wirtschaftliches Interesse.

Es wird zugesagt, Kontakt mit dem HVV aufzunehmen, ob die Haltestellen im Bereich Moltkeallee/Bargenkoppelredder entfallen können. Zur Anmerkung, ab Tunnel Manhagener Allee den Radverkehr zunächst auf die Fahrbahn zu lenken wird ausgeführt, dass die Absenkung bei den Fahrstühlen ohnehin dazu einlade, den Radverkehr auf die Fahrbahn zu führen.

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass in der ARGE Radverkehr teilweise abweichende Auffassungen zum Ausbau des Geh- und Radweges Manhagener Allee geäußert wurden. Es vermisse diese Informationen/Kritik. Der ADFC habe z. B. empfohlen, an der Kreuzung Bargenkoppelredder den Radverkehr auf der Fahrbahn zu führen. Außerdem wird nachgefragt, wie die Grundstücksüberfahrten gestaltet werden sollen.

Hierzu führt die Verwaltung aus, dass die Vorlage eine Empfehlung der Verwaltung sei. Die Anregungen aus der ARGE Radverkehr werden ernst genommen, aber in Bezug auf die Verkehrssicherheit nicht immer von der Verwaltung geteilt. Zu den Ein- und Ausfahrten wird darauf hingewiesen, dass diese ohnehin bereits getafelt seien.

Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass die Ausschreibung der Maßnahme insgesamt zu größeren Baumassen und einer optimierten Disposition der Tiefbaufirmen führen kann und infolgedessen günstigere Einheitspreise zu erwarten sind.

Weitere Ausschussmitglieder unterstützen die Auffassung, den Radweg ab Tunnel Manhagener Allee bis Lohkoppel auch weiterhin getrennt von der Fahrbahn zu führen. Ferner bittet auch der Bau- und Planungsausschuss im Sinne der Stärkung des Einzelhandels um eine Überprüfung, ob die hohe Anzahl von Parkplätzen tatsächlich entfallen müsse. Die Verwaltung verdeutlicht, dass eine Veränderung der Planung dazu führe, dass die Manhagener Allee nicht die Anforderungen für eine Velo-Route aufweise.

Herr Egan ergänzt, dass die ARGE Radverkehr sich nicht nur an der Kreuzung Bargenkoppelredder, sondern auch an der Kreuzung Am Aalfang auf die Führung des Radverkehrs auf die Fahrbahn ausgesprochen habe. Dies sollte mehr Sicherheit für den Radfahrer bieten. Er regt an, die Vorlage seitens der Verwaltung zurückzuziehen und in einer ergänzten Vorlage auch die Positionen der ARGE Radverkehr darzustellen. Dem schließt sich Frau Hengstler an und teilt ferner mit, dass sie unverändert für den Neubau des Geh- und Radweges Manhagener Allee sei.

Die Verkehrsaufsicht erklärt, dass sie sich wie die Polizei an den Kreuzungen Bargenkoppelredder und Am Aalfang ausdrücklich gegen die Führung des Radverkehrs auf die Fahrbahn ausspricht. Die Verwaltung könne nur eine rechtmäßige Vorlage vorlegen. So müssten an der Kreuzung Bargenkoppelredder ansonsten eine durchgezogene Linie überquert werden und der Radfahrer werde vom gesicherten Radweg (Fahrweg) auf die Fahrbahn geleitet. Auch Abbiegespuren an dieser großen Kreuzung und die fehlende Einsehbarkeit durch Bäume auf Radfahrer sprechen gegen die Führung des Radverkehrs auf die Fahrbahn. Es wird auf § 9 Straßenverkehrs-Ordnung verwiesen (I. Allgemeine Verkehrsregeln/§ 9: Abbiegen, Wenden und Rückwärtsfahren).

Der Bürgermeister erklärt, die heute geäußerten Bedenken ernst zu nehmen und zieht die Vorlage zwecks Aufarbeitung/Nacharbeit zurück. Die unterschiedlichen Auffassungen zwischen der ARGE Radverkehr und der Verwaltung werden näher dargestellt. Relevant für die Entscheidung der Verwaltung sei aber die Auffassung der Verkehrsaufsicht und nicht des ADFC. Dies wird ausdrücklich betont.

Der Vorsitzende begrüßt das Zurückziehen der Vorlage. Die Verwaltung wird gebeten, die Politik mitzunehmen, die Argumente zu den sich bietenden Alternativen darzustellen und zu bewerten. In der überarbeiteten Vorlage soll die Anzahl der wegfallenden Parkplätze genau genannt werden.

Abschließend äußert der Vertreter des Kinder- und Jugend-Beirates, dass die Jugendlichen sich breite und gesicherte Radwege wünschen.

9. Anfragen, Anregungen, Hinweise

9.1. Rückstaus auf der Lübecker Straße aus Richtung Delingsdorf

Ein Sitzungsteilnehmer berichtet von der Entwicklung neuer Wohnbaugebiete in Delingsdorf und Bargteheide, die zu einer Zunahme des Kfz-Verkehrs auf der Lübecker Straße in Fahrrichtung Ahrensburg führen dürften. Bereits heute gebe es - insbesondere in den morgendlichen Spitzenzeiten - längere Rückstaus in Richtung Delingsdorf.

Auf seine Nachfrage, nach der aus seiner Sicht notwendigen Nordtangente, berichtet die Verwaltung, dass es nach wie vor keine verbindliche Rückmeldung aus der Gemeinde Delingsdorf gebe.

9.2. Ausbau Hamburger Straße zwischen AOK-Knoten und Rondeel

Bezugnehmend auf die Beratung unter TOP 8 über die Parkplatzsituation in der Manhagener Allee im Abschnitt Moltkeallee bis Lohkoppel bittet ein Ausschussmitglied die Verwaltung, hinsichtlich des auch beim Ausbau der Hamburger Straße Nord absehbaren Entfalls von Parkmöglichkeiten frühzeitig in Kontakt zu treten mit den dort betroffenen Eigentümern und Geschäftsinhabern mit dem Ziel, bereits im Vorwege mögliche Alternativen auszuloten. Daraufhin berichtet die Verwaltung, dass die Ergebnisse aus der Vorbereitenden Untersuchung im Rahmen der Städtebauförderung noch keine Ausbauplanung darstellen; mit dieser könnte aus heutiger Sicht erst Anfang 2018 begonnen werden, wenn dieses Projekt vom Innenministerium anerkannt und damit über das Städtebauförderungsprogramm gefördert wird.

9.3. Beleuchtung des toom Baumarktes

Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Betreiber des neuen toom Baumarktes auf dem Eckgrundstück Beimoorweg/Kornkamp in Kontakt zu treten mit dem Ziel, die starke, selbst vom östlichen Siedlungsgebiet Ahrensburgs aus zu sehende Beleuchtung nachts abzustellen.

9.4. Ständige Sperrmüllablagerung an den Wertstoffbehältern Pellwormstieg

Wie ein Ausschussmitglied bemerkt, sei im Umfeld des Wertstoffbehälterstandortes in der Busschleife Gartenholz/Pellwormstieg seit Jahren festzustellen, dass die dortigen Freiflächen zum Ablagern von Sperrmüllgegenständen genutzt werden. Die Verwaltung wird gebeten, sich mit der AWSH in Verbindung zu setzen, um zu erörtern, durch welche geeigneten Maßnahmen der regelmäßigen wilden Müllablagerung entgegen gewirkt werden kann.

9.5. Sperrung des Ahrensburger Weges nahe der Hagener Allee

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf die ehemalige Wegeverbindung von der südlichen Hagener Allee über den Ahrensburger Weg zur Müllverbrennungsanlage in Stapelfeld, der wieder verstärkt von Kraftfahrzeugen genutzt werde.

Wie die Verwaltung hierzu berichtet, sei die Sperrung faktisch durchgeführt worden, indem auf dem Stapelfelder Hoheitsgebiet auf der Fahrbahn eine Lkw-Ladung abgekippt worden sei, mit der Folge, dass in den letzten Jahren lediglich Fußgänger- und Radfahrverkehr passieren konnte. Die Verwaltung wird sich mit dem Amt Siek in Verbindung setzen, um sich nach dem Verfahrensstand zu erkundigen.

gez. Jörg Hansen Vorsitzender	gez. Angela Haase Protokollführerin	gez. Ulrich Kewersun Protokollführer